

St. Galler Tagblatt 19.6.2017

St.Galler Tagblatt, 19. Juni 2017

Kantonsräte drängen auf Neubau für Berufsschule

Bauvorhaben Das Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona ist baulich in einem schlechten Zustand. Kantonsräte aus der Region verlangen von der Regierung, dass sie die Pläne für einen Neubau vorantreibt.

15 bis 20 Jahre. So lange könnte es noch dauern, bis der Kanton den Neubau für das Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) im Südquartier von Rapperswil-Jona erstellt. Viel zu lange, findet CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter aus Rapperswil-Jona. Zusammen mit Josef Kofler (SP), Peter Zuberbühler (FDP) und Bernhard Zahner (SVP) hat sie einen Vorstoss eingereicht. Die vier Parlamentarier erkundigen sich nach

dem Stand der Planung und dem Fahrplan für den Neubau.

Für die Investitionsplanung der St. Galler Regierung gebe es zwei Listen, sagt Suter: eine für die prioritären Bauvorhaben und eine für die nicht-prioritären. «Das Problem ist, dass das BWZ auf keiner der beiden Listen auftaucht. Es ist überhaupt nicht auf dem Radar.» Damit sei der Neubau nicht einmal Teil der für die nächsten zehn Jahre geplanten

Investitionen. Suter erinnert daran, dass die Regierung schon vor zehn Jahren festgestellt habe, es brauche einen Neubau. Stattdessen verlottere das BWZ am heutigen Standort weiter.

Vorrang für Bildungsbauten

Die Situation für Schüler und Lehrpersonen sei unzumutbar, und der Ruf der Schule leide, sagt Suter. Sie wünscht sich, dass Bil-

dungseinrichtungen Vorrang vor Kulturprojekten und Verwaltungsgebäuden haben, wenn es um die Priorisierung von Investitionen geht. Dies umso mehr, als eine Regionalstudie aufzeige, dass der Kanton St. Gallen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften und Hochqualifizierten ein grosses Problem habe. Pikant ist, dass in Rapperswil-Jona ein Areal zur Verfügung steht, auf dem der Kanton rasch bauen könnte. Im

November entschieden die Stimmbürger von Rapperswil-Jona mit grosser Mehrheit, dem Kanton zwei Grundstücke für den BWZ-Neubau zu verkaufen. Der Kaufvertrag ist befristet bis Ende 2035, wobei der Kanton die Frist nochmals um fünf Jahre verlängern kann. Die Regierung hat den Vorstoss noch nicht beantwortet.

Elvira Jäger
ostschweiz@tagblatt.ch